

DIE GAS- UND WASSERSTOFFWIRTSCHAFT e. V.
Neustädtische Kirchstr. 8 | 10117 Berlin

Herrn Parlamentarischen Staatssekretär
Stefan Rouenhoff
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
11019 Berlin

Veröffentlichungen der dena im Kontext des Gebäudemodernisierungsgesetzes (GModG)

Berlin
28. Mai 2026

Sehr geehrter Herr Parlamentarischer Staatssekretär,

das Gebäudemodernisierungsgesetz eröffnet die Chance, im Gebäudesektor Bürokratie abzubauen und technologieoffen zu dekarbonisieren. Wir wenden uns an Sie, weil wir Ihr Engagement, Klimaschutz und wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit zu verbinden, sehr schätzen und weil wir die dena als anerkanntes Kompetenzzentrum für die fachliche Begleitung dieses wichtigen Gesetzgebungsprozesses für unverzichtbar halten. Gerade deshalb möchten wir konstruktiv auf Aspekte jüngster dena-Veröffentlichungen hinweisen, die wir in zentralen Punkten für methodisch nicht belastbar halten, und wollen dazu beitragen, dass diese Begleitung auf einem soliden Fundament steht.

1. Methodische Asymmetrie bei der Behandlung von Strom und Gas

Die dena-Analyse „[Die Rolle der Energiepreise für Investitionsentscheidungen im Gebäudebereich](#)“ behandelt die Energieträger Strom und Gas in ihren Annahmen nicht gleichgewichtig. Strompreisrisiken werden ausgeblendet oder optimistisch unterstellt, Gaspreisrisiken werden hingegen pessimistisch bewertet. Es wird auf eine „strukturelle Verteuerung“ abgestellt. Als Grundlage dienen Zahlen aus dem Krisenjahr 2023, die mittlerweile wieder deutlich niedriger liegen – zum Teil um mehr als 80%. Bei Strom geht die dena von einer Halbierung der Beschaffungs- und Vertriebskosten aus, trotz offener Fragen beim Ausbau erneuerbarer Energien, der Netzinfrastruktur und der gesicherten Leistung im Winter.

Die Analyse stützt sich dabei weitgehend auf ein enges Spektrum von Instituten und übernimmt deren Szenarien, ohne methodische Abweichungen kenntlich zu machen und Prämissen einzuordnen.

2. Überhöhte Annahmen zu den Gasnetzentgelten

Besonders problematisch ist, dass die dena die strukturellen Dämpfungsmechanismen bei den Gasnetzentgelten nicht berücksichtigt. Mehrere Faktoren sprechen gegen einen starken Entgeltanstieg: Ein großer Teil der Gasnetzkosten ist bereits angefallen. Die laufenden Betriebskosten der Gasverteilnetze sind vergleichsweise niedrig; ihr Anteil an den Gesamtentgelten ist begrenzt. Netze werden daher wirtschaftlich nur stillgelegt, wenn sie dauerhaft operative Verluste erwirtschaften. Solange die Erlöse die laufenden Kosten decken, lohnt sich der Weiterbetrieb – auch bei sinkenden Mengen.

Unter KANU 2.0 werden Netze derzeit vielfach beschleunigt abgeschrieben, was Kosten zeitlich vorverlagert und die zukünftige Kostenbasis je Energieeinheit senkt. Schließlich stabilisiert eine fortgesetzte Netznutzung durch wachsenden Einsatz von Biomethan oder Wasserstoff die Entgelte. Insgesamt wirken damit niedrige variable Kosten, Abschreibungsregeln, regulatorische Eingriffe und die fortgesetzte Infrastrukturnutzung gleichzeitig kostendämpfend. Eine seriöse Analyse hätte diese Mechanismen abzuwägen und transparent darzustellen, statt ein einfaches Narrativ steigender Netzentgelte zu übernehmen.

Darüber hinaus weist die dena für das Jahr 2045 einen erheblichen CO₂-Aufschlag auf den Gaspreis aus. Biomethan, Wasserstoff und andere klimaneutrale Gase unterliegen allerdings keinem CO₂-Preis. Diese Inkonsistenz verzerrt die Kostenentwicklung systematisch zulasten gasbasierter Heizsysteme.

3. Widerspruch zur eigenen Leitstudie: Die Rolle von Molekülen

Die dena-Analysen im Kontext des GModG nutzen nicht die Ergebnisse der eigenen Leitstudie „Aufbruch Klimaneutralität“ (2021), die in sämtlichen Szenarien zeigt, dass Klimaneutralität den Einsatz klimaneutraler gasförmiger Energieträger voraussetzt. Es wäre ein Fehler, diese wissenschaftliche Grundlage in der politischen Begleitung des GModG nicht zu nutzen. Umso erstaunlicher ist, dass die dena ihre eigene Leitstudie nicht einmal zitiert.

Wir vertrauen auf Basis langjähriger Zusammenarbeit der dena als Institution und halten ihre Rolle als unabhängiges Kompetenzzentrum für unverzichtbar. Einseitige oder methodisch nicht belastbare Analysen allerdings verunsichern Eigentümer und reduzieren durch ideologische Einengung den politischen Spielraum für wirksame Lösungen.

Als Verband, der die Rolle gasförmiger Energieträger im Energiesystem der Zukunft konstruktiv und faktenbasiert vertreten möchte, stehen wir jederzeit für einen Austausch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Timm Kehler

Vorstand

Die Gas- und Wasserstoffwirtschaft e. V.